

Die Lage

„Die wirtschaftliche Einigung Europas kommt mit Notwendigkeit — und ebenso, als Reaktion, die Friedenspartei . . .

„Eine Partei des Friedens, ohne Sentimentalität, welche sich und ihren Kindern verbietet, Krieg zu führen; verbietet, sich der Gerichte zu bedienen; welche den Kampf, den Widerspruch, die Verfolgung gegen sich heraufbeschwört: eine Partei der Unterdrückten, wenigstens für eine Zeit; alsbald die große Partei. Gegnerisch gegen die Rach- und Nachgefühle.

„Eine Kriegspartei, mit der gleichen Grundsätzlichkeit und Strenge gegen sich, in umgekehrter Richtung vorgehend —.“

Es sind die Aufzeichnungen zu dem letzten, ungewordenen Werke Friedrich Nietzsches „Der Wille zur Macht“, in dem sich diese Sätze finden. Sie haben ihre Vorläufer in mehr als einem Ausspruch seiner früheren Jahre über die unaufhaltsame Pazifizierung und Ökonomisierung Europas und über die kriegerischen Gegenkräfte, die jene Tendenzen gegen sich um so gewaltsamer aufrufen müssen, je mehr sie sich ihrer eigenen Verwirklichung nähern. Vergleicht man den staatlich-gesellschaftlichen Zustand der Zeit, in der sie geschrieben sind, die letzten Jahre der Bismarckschen Herrschaft, mit dem der Gegenwart, so scheint der Ablauf der Ereignisse dem vorwegfliegenden Gedanken recht zu geben. Es fehlt noch viel an der reinlichen Scheidung der Lager, aber die Richtung, in der sich diese Scheidung schon vollzogen hat und noch vollzieht, ist unverkennbar. Sie wird verschleiert durch die gelegentliche Verwendung des kriegerischen Austrags als Mittel auch auf seiten der Westmächte, deren beherrschende Kapitalgruppen doch zu ihrer Blüte dauernder Sicherheit und Befriedung bedürfen, und durch die gelegentliche Ausnutzung der internationalistischen Bewegungen als Vorwand und Kulisse für die proletarischen Stoßtrupps und Nachhuten der osteuropäischen Umwälzung. Am klarsten ist die Trennung der Parteien immerhin in Deutschland vollzogen, wo die Regierung sich auf einen Block offenkundiger Friedensparteien stützt: Sozialisten, Katholiken und Demokraten, flankiert von den opportunistisch friedfertigen, rechts und links angrenzenden Parteien, während die äußersten Gruppen der Rechten und Linken ihren militanten, wenn auch nicht heroischen Charakter nicht verleugnen.

In dieser Verfassung werden sich auf der Konferenz von Genua die Hauptmächte Europas gegenüber treten. Sie haben alle, durch die Annahme der Bedingungen von Cannes, sich verpflichtet, sich gegenseitig nicht in die inneren Verhältnisse hineinzureden; die Rechte der ausländischen Gläubiger zu schützen; ihre Schulden anzuerkennen, geschäftliche Verträge zu wahren; und keine umstürzlerische Propaganda und keinen Angriff zu betreiben. Die vorläufige Tagesordnung sieht, nach einem englischen Weißbuch, als Beratungsgegenstände vor:

1. Prüfung der Methoden, die angewendet werden müssen, um die in der Resolution von Cannes enthaltenen Grundsätze zu verwirklichen.
2. Die Aufrichtung eines europäischen Friedens auf fester Grundlage.
3. Die wesentlichen Bedingungen für die Wiederherstellung des Vertrauens ohne Beeinträchtigung bestehender Verträge.
4. Finanzielle Gegenstände:
 - a) Währungen,
 - b) Zentral- und Notenbanken,
 - c) Staatsfinanzen in Hinsicht auf Wiederaufbau,
 - d) Wechselkurse,
 - e) Organisation des öffentlichen und privaten Kredits.
5. Volks- und privatwirtschaftliche Gegenstände:
 - a) Erleichterungen und Sicherheiten für die Ein- und Ausfuhr von Waren,

- b) Rechtliche Sicherheiten für die Wiederherstellung des Handels,
- c) Schutz gewerblichen und literarischen Eigentums,
- d) Status der Konsuln,
- e) Zulassung und Stellung von Ausländern im geschäftlichen Verkehr,
- f) Technische Hilfe beim gewerblichen Wiederaufbau.

Mit der Herstellung eines endgültigen Programms hat der „Oberste Rat“ ein Sonderausschuß beauftragt.

Niemand wird annehmen, daß eine solche Tagesordnung in einer oder auch in sechs Konferenzen von einigen Dutzend Staaten zulänglich behandelt werden kann. Sie setzt die Mitarbeit aller zuständigen Ministerien und aller kompetenten Sachverständigen an Ort und Stelle voraus und würde also, wenn man mit ihr Ernst machte, den Stillstand des größten Teils der leitenden Verwaltungs-, Forschungs- und Lehrtätigkeit in allen wichtigen Staaten für die Dauer vieler Monate, wenn nicht einiger Jahre, bedeuten. Beschränkt man sich aber darauf, den Sachkennern die Durcharbeitung der beschlossenen Grundsätze und die Vorbereitung künftiger Konferenzen zu übertragen, so wird es sich bald herausstellen, daß diese Arbeiten von einer zentralen Stelle aus in stetem Zusammenhang gehalten werden müssen. In England scheint man den Völkerbund für geeignet zu halten, als ein solches Organ zu dienen; freilich einen Völkerbund, dessen Mitgliedschaft erweitert und, dürfen wir hinzufügen, dessen Arbeitsweise gründlich verändert werden müßte. Auch die wirtschaftliche Einheit Europas wird nicht wesentlich gefördert werden, ohne daß ein „bürokratischer Verwaltungsstab“, um in der Sprache Max Webers zu reden, sich ihrer annimmt und sie zum Gegenstand eines kontinuierlichen Betriebes macht.

Die wichtigste Aufgabe für die Konferenz wäre also ein Punkt, der nicht auf der Tagesordnung steht: die Umbildung des Völkerbundes. Wäre die Umbildung nicht nötig, so bedürfte es auch keiner Konferenz, denn ihr Programm könnte dann im Rahmen des Bundes zweckmäßiger erledigt werden. Dies ist auch die Meinung des „Economist“. Er verweist darauf, daß nicht einmal in England selber die Vorbereitung der Konferenz zulänglich sei und daß die Fühlung mit dem Ausland durchaus fehle. So sieht z. B. das Programm der Regierung für Genua eine Stabilisierung der europäischen Valuten, bei entsprechender Verringerung der Münzfüße und Goldankaufpreise vor — während die Regierung im eigenen Lande, unter der Einwirkung von Bankiers und anderen Interessenten, eine Herabsetzung des Münzfußes (die noch immer unzweckmäßigerweise „Devaluation“ genannt wird) als das Eingeständnis des Bankrotts bezeichnet. Hier scheint in der Tat die Psychologie des Auslandes auch von England nicht hinreichend in Betracht gezogen.

Wie weit die Befürchtungen gerechtfertigt sind, die sich aus der von Frankreich durchgesetzten Tabuierung der Kriegsentschädigungs- und Abrüstungsfragen ergeben, muß der Verlauf der Konferenz ergeben. Es ist durchaus unmöglich, die beiden kardinalen Problemkomplexe von der Erörterung auszuschließen, wenn nicht die Konferenz der Lächerlichkeit verfallen will. Nur die Form kann fraglich erscheinen, in der sie zur Debatte gestellt werden sollen. Man kann einen Turm abbauen, indem man ihn von oben abträgt. Man kann ihn aber auch dadurch zum Einsturz bringen, daß man seine Fundamente unterhöhlt.

Es scheint allerdings, daß unter den leitenden Staatsmännern West- und Mitteleuropas niemand ist, der imstande

wäre, der Konferenz eine klare und eindeutige Richtung aufzuerlegen. Keiner von ihnen ist mehr als Taktiker und Techniker der Politik, jeder von ihnen ist durch eigene Handlungen und Unterlassungen in dem letzten halben Menschenalter so schwer belastet, daß er weder vor sich selber frei ist noch vor den anderen mit wirklicher Autorität bekleidet erscheint. Sie sind alle Gefangene ihrer ungewöhnlichen Mittel und ihrer durchaus nicht ungewöhnlichen Zwecke. Dies wird in allen Ländern gewußt und ist durch keine parlamentarische Abstimmung und durch kein Wahlergebnis aus der Welt zu schaffen. Der Wähler mag sich täuschen lassen, der Abgeordnete sich blenden: aber der geistige Kern jedes Volkes sagt es sich jeden Tag und der einfache Mann in Land und Stadt bestätigt es in dumpfem Mißmut und zähem Mißtrauen. In England scheint die Unterhöhnung der Stellung seines führenden Mannes am weitesten fortgeschritten. Die an Verachtung grenzende Ironie, mit der ein durchaus nicht spottsüchtiger Geist wie John Maynard Keynes in seinen beiden Büchern den Ministerpräsidenten seines Landes behandelt, ist ein wichtigeres Anzeichen als irgendein Vertrauensvotum des Unterhauses. In Frankreich scheint das Regime Poincaré fester be-

gründet; aber es scheint es eben nur: denn Frankreich steht wie Rußland unter der Diktatur einer Minderheit, die jeden Gegner mit terroristischen Mitteln niederhält, und deren Herrschaft von allen unabhängigen und uninteressierten Bürgern als beschämend empfunden wird; man scheint sie nur darum zu dulden, weil von ihrem Ende der Einbruch des Chaos befürchtet wird. Von Deutschland wird man uns in diesem Zusammenhang erlauben zu schweigen.

Es geht aber nicht an, über die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Konferenz von Genua und der künftigen Konferenzen über den Wiederaufbau Europas zu urteilen, ohne diesen Fehler in den Fundamenten der dreißig Staaten selber einzusehen, die den Wiederaufbau Europas zu ihrer Sache machen wollen.

Man mag der letzten Autorität entraten können, wenn über die Erleichterung des Reiseverkehrs, die Erweiterung der Kreditmöglichkeiten und die Abschleifung irgendwelcher Ecken und Kanten in Wirtschaft und Recht beraten werden soll. Niemand aber wird den Einbruch des Chaos in die Reste des europäischen Staatsgefüges bannen können, der nicht selber unantastbar ist.

Kurt Singer

Die deutsche Ernte 1921

Einer Betrachtung der Ernteergebnisse der letzten Jahre mag folgendes vorausgeschickt werden: Die zahlenmäßigen Angaben auf diesem Gebiete beruhen im wesentlichen auf Schätzungen, die angestellt werden, ehe die Erdruschergebnisse vorliegen. Der Rückgriff auf Aufzeichnungen der Landwirte ist besonders bei den Kleinbetrieben selten oder nie möglich. Somit sind die Unterlagen für einen Vergleich verhältnismäßig unsicher. Es kommt nun hinzu, daß die absoluten Ergebnisse weniger interessieren als vielmehr der Nachweis, wieweit es gelungen ist, den Rückschritt in der Ertragsfähigkeit wieder einzuholen, der während der Kriegsjahre eingetreten ist. Da die Ernteergebnisse von Jahr zu Jahr stark unter dem Einfluß der Witterung schwanken, ist aber bei der Betrachtung weniger Jahreszahlen kaum zu erkennen, ob etwa eine Ertragssteigerung gegenüber den Mengen der Vorjahre auf besonders gute Wuchs- und Erntebedingungen oder auf intensivere Kultur zurückzuführen ist. Zu den von Jahr zu Jahr eintretenden Verschiebungen in der Größe der Anbauflächen für die einzelnen Fruchtarten kommen seit 1919 die namhaften Veränderungen im Umfang des Reichs. Das alles wird bei Vergleichen zwischen den im folgenden angegebenen Zahlen zu berücksichtigen sein. Da das Jahr 1913 sich wegen seiner außergewöhnlich günstigen Ernte schlecht zu einem Vergleich eignet, ist der Durchschnitt der vorausgegangenen zehn Jahre herangezogen worden; hierdurch werden gleichzeitig die Schwankungen abgeglichen, die Witterung und Veränderung der Anbauflächen in den letzten Vorkriegsjahren hervorgerufen haben.

Ernteergebnisse (in 1000 t)

Durchschnitt 1903/12 (alter Reichsumfang)...	Weizen	Roggen	(Sommer-Gerste)	Hafer	Kartoffeln
1913 (alter Reichsumfang)	3929	10 402	3200	7988	43 709
1913 (ohne Elsaß-Lothr.)	4656	12 222	3673	9714	54 121
1913 (ohne Elsaß-Lothr.)	4418	12 129	3565	9504	52 855
1914 (" ")	3790	10 349	3050	8847	44 696
1915 (" ")	3708	9 094	2416	5890	52 885
1916 (" ")	2999	8 903	2745 ¹⁾	6928	24 691
1917 (" ")	2226	6 977	1821	3628	34 411
1918 (" ")	2458	8 000	2065	4681	29 470
1919 (Reichsumf. wie 1920)	2169	6 100	1670	4494	21 479
1920 (damalig. Reichsumf.)	2248	4 934	1792	4826	27 877
1921 (" ")	2934	6 799	1939	5005	26 151
1918 (Reichsfläche wie 21)	2337	6 676	1850	4381	24 744
1913 (" ")	4043	10 132	3040	8619	44 019

¹⁾ Einschließlich Wintergerste.

(Der Verlust an Erntefläche durch die Gebietsabtretungen bis 1920 beträgt für Brotgetreide 19 %, Futtergetreide 17 % und Kartoffeln 20 %.)

Die beiden ersten Zahlenreihen zeigen zunächst, wie sehr die Ernte von 1913 über den Durchschnitt der Vorjahre stand. Allerdings ist das nicht allein den günstigen Witterungsverhältnissen während Wachstum und Ernte zuzuschreiben, sondern die letzten Jahre vor dem Kriege weisen, dank vor allem den technischen Fortschritten in der Landwirtschaft, eine allgemein steigende Tendenz auf, die 1913 ihren Höhepunkt erreicht.

Die Ernterückgänge, die die folgenden Kriegsjahre gebracht haben, kommen in der folgenden Übersicht noch deutlicher zum Vorschein:

Ernte 1913 -- alter Umfang des Reichs ohne Elsaß-Lothringen -- gleich 100	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
	Weizen u. Spelz	86	84	66	50	55	47	50
Roggen	85	75	73	58	66	50	41	66
Gerste	86	68	77 ²⁾	54	63	41	50	54
Hafer	93	62	73	38	49	47	51	53
Kartoffeln	85	100	47	65	56	40	53	64

²⁾ Einschließlich Wintergerste.

Ernte 1913 -- Reichsumfang wie 1921 -- gleich 100	1918	1919	1920	1921
Weizen und Spelz	75	53	63	72
Roggen	67	60	48	69
Gerste	59	54	58	62
Hafer	50	51	55	57
Kartoffeln	55	47	50	68

In diesen Zahlenreihen tritt die Verbesserung der Ergebnisse, die 1920 und besonders 1921 eingetreten ist, schärfer hervor, als in der Zusammenstellung der absoluten Zahlen. Noch deutlicher läßt sich die Entwicklung aus folgender Tabelle ablesen, welche die Hektarerträge in Doppelzentnern enthält. Hier stören die jährlichen Schwankungen der Anbauflächen für die einzelnen Fruchtarten nicht mehr die Vergleichsmöglichkeit. Entwicklung der Hektarerträge (in dz)

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
Durchschnitt 1903/12	20,3	17,0	19,5	18,6	132,4
Reichsdurchschnitt 1913	23,6	19,1	22,2	21,9	158,6
1918 (Umfang wie 1919)	17,1	14,1	15,3	14,4	106,9
1919	16,7	13,9	14,8	15,0	98,5
1920 (Umfang wie 1921)	16,3	11,6	15,0	15,0	115,1
1921	20,6	16,0	17,1	15,8	98,8